

Umwelt- und klimaschonende Gestaltung von Gebäuden und deren Parkflächen bei Bauvorhaben des großflächigen Einzelhandels /- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anlage 2

Themenpunkte	B-Plan: Aufstellung oder Änderung <u>nicht</u> notwendig	B-Plan: Aufstellung oder Änderung <u>notwendig</u>
Mehrgeschossigkeit	./. (Hinweis: Das Vorhaben muss sich gem. § 34 Abs. 1 BauGB in die Umgebung einfügen, i.d.R. bedeutet dies nur eine <u>maximale</u> Geschossigkeit bzw. Höhe soll nicht überschritten werden)	Festsetzung Zahl der Vollgeschosse als Mindestmaß im Bebauungsplan möglich; Anwendbarkeit muss im Einzelfall geprüft werden (angestrebte Nutzungsart(en), Lage des Plangebiets (integrierte Lage/Gewerbegebiet), ...)
Passivhausstandard	./. (Hinweis: Anforderungen des GEG für Nichtwohngebäude sind nicht ausreichend für Passivhausstandard)	Regelung in einem städtebaulichen Vertrag möglich (§ 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 BauGB)
Dachbegrünung	./.	Festsetzung als Pflanzgebot im Bebauungsplan oder über örtliche Bauvorschrift möglich; Anwendbarkeit muss im Einzelfall geprüft werden
PV-Anlage auf Dächern	./.	Nur „vorbereitende“ Festsetzungen in Bebauungsplan oder über örtliche Bauvorschriften möglich („bauliche oder technische Maßnahmen für die Erzeugung (...) von Strom (...) aus erneuerbaren Energien“ (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB; „besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen“ (§ 89 Abs. 1 Nr. 1 BauO NRW)), keine Nutzungsverpflichtung möglich Regelung in einem städtebaulichen Vertrag <u>ausdrücklich</u> möglich (§ 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 BauGB)
PV-Anlage auf Parkplatz	Bedingte Handhabe im Baugenehmigungsverfahren: Prüfung § 8 Abs. 2 BauO NRW (PV-Anlage bei neuen Parkplätzen von Nichtwohngebäuden mit >35 Kfz-Stpl.)	Steuerung im Bebauungsplan zwar vermutlich möglich (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB i.V.m. § 23 Abs. 5 BauNVO; oder § 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB), Beispiele fehlen, Rechtssicherheit unklar Zielgerichteter ist jedoch eine Steuerung über einen städtebaulichen Vertrag (§ 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 BauGB)
Anpflanzung von Bäumen auf Parkplatz	Bedingte Handhabe im Baugenehmigungsverfahren: Prüfung § 8 Abs. 1 BauO NRW (Wasseraufnahmefähigkeit und Bepflanzung/ Begrünung unbebauter Grundstücksflächen) &	Steuerung über Festsetzung in Bebauungsplan möglich: Öffentliche / private Grünflächen mit entsprechenden Pflanzvorgaben (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB), Pflanzlisten mit großkronigen Baumarten &

	Neue Stellplatzsatzung der Stadt Siegen: 1 Baum pro 5 Stpl.	Neue Stellplatzsatzung der Stadt Siegen: 1 Baum pro 5 Stpl.
Heimische Hecken als Begrenzung des Parkplatzes	s.o.	s.o. Ggf. auch im städtebaulichen Vertrag
Oberfläche der Parkplätze wasser- durchlässig und hell	./.	Steuerung über Festsetzung in Bebau- ungsplan möglich: Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) Oder als Örtliche Bauvorschrift : „Die Gemeinden können durch Satzung örtliche Bauvorschriften erlassen über (...) die Gestaltung (...) der Stellplätze für Kraftfahrzeuge (...) und der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke (...).“ (§ 89 Abs. 1 Nr. 5 BauO NRW) Ggf. auch im städtebaulichen Vertrag
Begrenzung der Stellplätze auf die in der städt. Stell- platzsatzung vor- gesehenen Anzahl	./.	Steuerung über Festsetzung in Bebau- ungsplan möglich: Festlegung der Flächen für Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB) Ggf. auch im städtebaulichen Vertrag
Regenwasser-nut- zungsanlagen	./.	Steuerung über Festsetzung in Bebau- ungsplan möglich: Flächen für die Abwasserbeseitigung, ein- schließlich der Rückhaltung und Versicke- rung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB) Die Abwassersatzung der Universitäts- stadt Stadt Siegen lässt eine Regenwas- sernutzung zu (§11). Die Stadt stellt in diesem Fall von der Überlassung des verwendeten Nieder- schlagswassers frei, unter den Vorrauset- zung, dass die ordnungsgemäße Verwen- dung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück gesichert ist und ein Überlauf an die Kanalisation besteht, sodass eine Überschwemmung von Nachbargrundstü- cken durch Niederschlagswasser ausge- schlossen werden kann.
Überschüssiges Re- genwasser ist orts- nah zu versickern oder einem Vorflu- ter zu zuleiten.	./.	Steuerung über Festsetzung in Bebau- ungsplan möglich (s.o.) Bei Neuerschließungen wird nach Mög- lichkeit die ortsnahe Versickerung von Niederschlagswasser angestrebt. Die Versickerung von Niederschlagswas- ser auf dem privaten Grundstück setzt

		<p>grundsätzlich der Genehmigung durch die Wasserbehörden.</p> <p>Bei vorhanden öffentlichen Abwassernetzen besteht der Anschluss- und Benutzungszwang für Niederschlagswasser, gemäß §9 (5) der Abwassersatzung.</p> <p>Hier kann nur in begründeten Fällen vom Anschluss- und Benutzungszwang abgewichen werden und bedarf der Einzelprüfung.</p> <p>Eine grundsätzliche Ablehnung seitens ESi erfolgt nicht.</p>
--	--	---